

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Verleger: Dr. Schöner, Adlig. Bernsdorf, Risdorf, El. Eggen, Schirndorf, Mariental, Riedsdorf, Ortmannsdorf, Rülken St. Nicola, St. Jakob, El. Nicola, Stangsdorf, Horn, Niedermüllern, Rulshausen und Risdorf

Amtsblatt für das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 3. Hauptausgabe des Amtsgerichtsbezirks. 68. Jahrgang. Freitag, den 4. Januar. Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 40 Pf. Die Post besorgt 2 Mark 82 Pfennig. Einzelne Nummer 10 Pf. Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle in Lichtenstein, Wiltz. Ebert-Str. 10, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfzehntägige Grundzeile mit 15, für auswärtige Bezahler mit 20 Pf. berechnet. Kellameise 45 Pf. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 45 Pfennig, für Auswärtige 60 Pfennig. Fernsprech-Anschluss Nr. 7. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lebensmittelversorgung in Lichtenstein.

Butter.

Handelsklasse 60 Gramm = 30 Pfg.		
Dietrich	1026-1304	Abchnitt V
	1305-2140	
Reich	2141-Ende	Abchnitt W
	1-528	
Wagner	529-1025	
I-IXIII und Wahlorten		

Suppen

Bezugsliste D 8. — 100 Gramm: 15 Pfg.

Grieß

Sonnabend-Bezugsliste. — Abchnitt A für Januar. — 1/2 Pfund: 16 Pfg. im Konsum-Bereich L.G.

Bekanntmachung.

betreffend die Auslösung von Staatspapieren.

Beim ungarischen Stadtrat ist die Forderungsliste der Vermögen der königlich ungarischen Staatsschulden (Reisjahr 1918) eingegangen und kann von

Beträgten während der nächsten 14 Tage in der hiesigen Kassa eingesehen werden.

Lichtenstein, am 1. Januar 1918.

Der Stadtrat.

Der Höchstpreis für Steinkohlen im Kleinhandel

ist von uns auf 3 Mark 10 Pfg. für den Zentner festgesetzt worden. Der Preis bezieht sich auf Würfel I und II und Rulpel I und II.

Es wird dabei nochmals eingeschärft, daß der Verkauf nicht nach Maß, sondern nur nach Gewicht erfolgen darf.

Zu widerhandlungen werden strengstens bestraft. Die Bevölkerung wird im eigenen Interesse ersucht, die Durchführung gegenwärtiger Bestimmungen zu beaufsichtigen und evtl. bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

Lichtenstein, am 2. Januar 1918

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Kohlenliste — Markt D — kann von jetzt ab beesehen werden. Gallenberg, am 2. Januar 1918.

Der Bürgermeister.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der türkische Finanzminister Schawid ist gestern mittags in Berlin eingetroffen.

* Der Republikaner Lerron hielt in Barcelona vor einigen Tausend Parteigenossen eine aufreizende Rede gegen die Regierung. Er sprach die Erwartung aus, daß sich die Republikaner, Reformisten und Sozialisten, deren Führer Lerron und Alvarez sind, vereinigen würden, um eine gegenwärtige Regierung zu stürzen.

* Der italienische Ministerrat hat die Beziehungen der Handelsverträge und Abkommen mit der Schweiz genehmigt.

* Nagai, ein hoher Würdenträger von Mahmud Schah Pascha, der in Absenheit zum Tode verurteilt wurde und verstorben war, wurde in einem Stuhl in Stambul ausfindig gemacht. In dem Augenblicke, als man ihn verhaften wollte, beging Nagai Selbstmord.

* Am Montagabend im Reichstagspalais eine längere Unterredung des Reichstanzlers mit dem Großadmiral v. Tirpitz statt.

* Der „Nürtinger Tagesspiegel“ meldet aus Borken: Einer „Was-Reduktion zufolge ist in Borken das erste contingent amerikanischer pflanzlicher Getreidewaren eingetroffen.

* Englische Blätter berichten aus Washington: Der spanische Postbote Sato wurde erschossen. Der Postbote wird Aquino Jishi an seine Stelle treten.

Was plant Lloyd George und Clemenceau?

Berlin, 1. Januar. Die Nachricht des „Manchester Guardian“, daß die britische Regierung die von den Mittelmächten angebotenen Friedensbedingungen als einen ersten Schritt von Seiten der Mittelmächte betrachten und nicht sei, eine „erliche, wohlüberlegte Antwort zu geben“, hat hier nach den in der eintägigen Besprechungen Fishons und der Haltung der gesamten Presse feindlichen Ausmaßes entgegenzusetzen. Da auch französische Blätter von einem Uebereinkommen der verbündeten Regierungen sprechen, das „Anbot der Mittelmächte“ als solches wird die russische Einleitung an den Verhandlungen doch auf jeden Fall in irgendeiner Form zu beun-

weilen, darf man annehmen, daß die Nachricht der tatsächlichen Absicht der Verbündeten Regierungen entspricht. Man ist hier indessen weit entfernt, diesen Meinungsäußerungen der Führer der Verbündeten in irgendeiner Weise zu überschreiben und ihn als Ausgangspunkt einer neuen ideologischen Ideologie zu benutzen. Die Zeit hat uns gelehrt, daß von der Theorie noch nie etwas zu uns herübergenommen, was zu unserem Teile bestimmt gewesen wäre. Von dieser Erfahrung wird man auch die Absichten der britischen oder der verbündeten Regierungen, wenn sie verwirklicht werden sollten, mit unbeeinträchtigter Ehrlichkeit und berechtigtem Misstrauen zu prüfen haben. Politisch und völkerrechtlich ist es ausgeschlossen, daß die politische Zinsänderung bei Stantonmännern wie Lloyd George und Clemenceau ein prinzipielles Element auf die Friedensbedingungen der Mittelmächte zu befehlen hat. Im übrigen scheint für die feindlichen Mittelmächte, die nach den letzten Verhandlungen des Westens gegenwärtig und anderer maßgebender Stellen in Wien von einer völligen Uebereinkunft mit Russland nicht mehr allzuweit entfernt sind, der Friede mit den Verbündeten keineswegs daran, daß man die verbündeten und übermäßigen Forderungen dieser Verbündeten der verbündeten Regierungen kritisch und mit offenen Händen entgegennehmen müsse. Man glaubt vielmehr, und ist damit wohl auf dem richtigen Wege, daß Lloyd George dem russischen Reich, der die Arbeitsmassen und die Liberalen und immer weitere Kreise erfüllt und seine Position ernstlich gefährdet, einen stöcker hinneren wollte, ein Resultat anzuwirken für die Nation, in denen der Friedensgedanke Wurzel geschlagen und mit großer Schnelligkeit eine gewaltige Ausdehnung genommen hat. Da die Verhältnisse in Frankreich ähnlich liegen, daß man wenigstens davon überzeugt sein, daß die Friedensforderung, die von Brecht Witost meinte, eine außerordentliche Wirkung in den Verhandlungen zur Folge gehabt hat. Andererseits aber ist dem englischen Ministerpräsidenten über Nacht aus dem Rücken die Fiktion eines „Großdeutschen Reiches“ entstanden, vor ihm aus den Verhandlungen von Brecht Witost hervorgegangen scheint und das der Verbündeten, welche durch diplomatische Intrigen bebirret kann. Da Lloyd George nach seiner Weisung nicht noch immer die Niederrückung Deutschlands als einziges wirkliches Kriegsziel anstrebt, muß ihm der

zu erwartende Nachtzug Deutschlands und der Mittelmächte überhaupt durchaus programmwidrig erscheinen. Seine Absicht ist deshalb erklärlich auf diplomatischem Wege oder gegebenenfalls sogar als Teilnehmer an den Verhandlungen in Brecht Witost diese bedeutende Stärkung der Mittelmächte zu verhindern oder zu durchkreuzen. Man wird deshalb die Möglichkeit in kurzer Frist zu erwartende Antwort des Verbündeten auf das Tatsächliche zu prüfen haben, damit der angebotene Weg im Osten nicht abermals verfehrt wird, wie es England bisher bei jedem Friedensschluß nicht ohne Erfolg durchzuführen verstand. (Das ist auch unsere Meinung! D. Schr.)

Der russische Friedensvorschlag und die Entente.

Annahme des österreichischen Standpunktes durch Russland. Aus Wien wird gemeldet: Nach russischen Berechnungen geht die Frist für die Entente am 3. Januar abends zu Ende. Am Morgen des 3. Januar werden die Verhandlungen in Brecht Witost wieder aufgenommen. Die Russen haben den österreichischen Standpunkt angenommen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker sich nicht auf die innerhalb eines Staates befindlichen Völker beziehen kann. Dieser abgelehnte Standpunkt wurde von den Russen der Entente mitgeteilt. Für den Fall einer ablehnenden Antwort der Entente, die nach der Rede Fishons erwartet wird, werden die Verhandlungen in Brecht Witost auf Grund der bisherigen Ergebnisse weitergeführt bis zu einer Sonderabmachung mit Russland in der Form eines Präliminarfriedens.

Die Entente und die Friedensvorschläge.

Der Schweizer Friedensvorschlag meldet aus Paris: In der französischen Presse verhält sich der Druck nach einer feierlichen und deutlichen Antwort der Ententeabente auf die Friedensvorschläge der Mittelmächte, einer Antwort, die sich allerdings im Rahmen des bisherigen Kriegszustandes der Alliierten halten soll. Nach dem „Journal des Debats“ verlangt man neben auch der „Tribune“ eine solche neue programmatische Erklärung. Der „L'Echo“ lehnt aber ausdrücklich von Gedanken an eine Revision der Kriegsziele, namentlich, soweit sie sich gegen

Der Natur der Dinge auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die deutsche Regierung kann sich auf keinen Fall darauf einlassen, jetzt unmittelbar, bevor noch die endgültige Regelung der östlichen Friedensfrage erfolgt ist, die Truppen aus den besetzten Gebieten zurückzuführen. Wir verzichten zwar in den Verhandlungen darauf, Russland gegenüber unsere starke militärische Stellung als Sieger in die Waagschale zu werfen, aber wir können andererseits doch auch nicht diese starke militärische Stellung, die wir nach blutigem und mühseligem Kampfe errungen haben und die ein fester Rückhalt für unsere Stellung an den übrigen Fronten ist, um politisch demokratische Theorien willen aufgeben. Andererseits kann Deutschland auch nicht einwilligen, daß die Fremdvölkerfrage vorläufig ungelöst bleibt und für spätere Zeiten hinausgeschoben wird. Dafür vermag die heutige russische Regierung allein schon keine genügende Gewähr für ihren dauernden Bestand zu leisten. Gerade aber das Interesse dieser russischen Regierung läßt die schnelle und resolute Handhabung des Krieges erwünscht erscheinen. So sehr uns daran liegt, den Friedenszustand nach dem Osten möglichst bald herzustellen, so ist und bleibt doch der größte Interessent für eine Beschleunigung des Friedensvertrages unbedingt der russische Partner. Die reale Würdigung der militärischen Verhältnisse und des Eigeninteresses der russischen Regierung müssen deshalb die russischen Friedensverhandler unbedingt zu der Einsicht führen, daß ein hartnäckiger Widerstand gegen die deutschen Vorschläge zur Lösung der Selbstbestimmungsfrage unangebracht ist. Aus der Formulierung des Verhandlungsberichtes ergibt sich ja auch keineswegs, daß diese Einsicht auf der russischen Seite fehlen wird.

Erfährt so der russische Widerstand durchaus nicht unüberwindlich, so ist es doppelt unverständlich, weshalb deutsche Pressorgane trotz der russischen grundwärtigen Bereitwilligkeit, die Bestrebungen aus dem Reichsverbande aufzuheben zu lassen, sich bemühen, die Partei gegen das deutsche Interesse in dieser Frage zu ergreifen. Es ist vom deutschen Standpunkte aus ein unerhörtes Verhalten, wenn der „Vorwärts“ und das „Berliner Tageblatt“ der Durchführung der Friedensaktion, wie sie von der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung angelegt worden ist, politische Schwierigkeiten in den Weg wälzen, nur um ihren politischen Parallelen zum Siege zu verhelfen. Es könnte doch auch diesen demokratischen Blättern genügen, wenn die deutsche Reichsregierung einen Frieden mit Russland zustande bringt, der die Billigung der demokratischen Regierung Russlands findet. Demokratischer als diese zu sein und sie gerade aufzusuchen, sich gegen die von deutscher Seite vertretenen Notwendigkeiten bei der Regelung der Fremdvölkerfrage anzulehnen, das ist eine jener politischen Ungerechtigkeiten, wie sie auf der ganzen Welt nur in deutschen Köpfen denkbar ist. Keine ernstliche politische Partei des feindlichen Auslandes würde unter ähnlichen Verhältnissen — wenn es nämlich gilt, Angehörige der eigenen Nationalität von der Zugehörigkeit von einem fremden Staate zu lösen — der eigenen Regierung Schwierigkeiten in der Erreichung dieses Zieles bereiten.

Wenn sich an dieser Stimmungsmache auch ein Kaffee des Herrn Stümke in der Berliner Börsen-

Stimmung beteiligt, so müssen wir demgegenüber mit aller Entschiedenheit betonen, daß ein solches Verhalten mit nationalliberaler Auffassung auch nicht das geringste mehr zu tun hat. Die nationalliberale Partei ist in der Meinung geschlossen, daß die nationale Pflicht und die nationalen Interessen es gebieten, die alten deutschen Erbteilungsgebiete des Galizienums von der russischen Abhängigkeit freizumachen in einem geschichtlichen Augenblick, in dem aus die Massenentscheidung die Macht in die Hand gab und der Feind bereit ist, die gewünschte Freiheit zu geben. Wir lehnen Russland gegenüber wahrlich nicht unsere militärische Überlegenheit als Sieger hervor. Aber diese Zurückhaltung bedingt andererseits doch auch nicht, daß wir die deutschen Interessen vollends preisgeben. Die Führer der nationalliberalen Partei, der dahingegangene Bismarck und bis in die jüngste Zeit sein Nachfolger Stresemann haben immer und immer wieder in Uebereinstimmung mit allen östlichen Parteilandgebungen die Befreiung der östlichen Provinzen als ein deutsches Kriegziel nationaler Selbstachtung bezeichnet. Wie könnten wir aus Russland abziehen und Riga wieder verlassen, um dort die deutschen Bauern und Kaufleute, die der Kultur des Völkertums seit Jahrhunderten das Gepräge gegeben, einem ungewissen Schicksal im unruhigen russischen Staatsschicksal zu überlassen? Es erscheint uns deshalb auch als eine nationale Pflicht der Selbstverantwortlichkeit, mit allem Nachdruck die Politik der Regierung zu unterstützen, die auf eine sofortige Klare Lösung der östlichen Fronte abzielt, und an die deutsche Regierung gerade in diesem Augenblick der Entscheidung das dringende Verlangen zu stellen, daß sie in diesem Punkte unerschütterlich bleibe u. die Wünsche unserer deutschen Stimmgeber erfüllt. Wir würden aber auch einer Regierung das Vertrauen versagen müssen, die es über sich brächte, in einem so bedeutungsvollen Augenblicke zwar alle Energie und das langmüthigste Entgegenkommen für die Errichtung eines Königreichs Polen anzubringen, die aber andererseits versagen würde gegenüber der großen Frage der Erlösung der deutschen Völkern. Wir hoffen und erwarten, daß die deutsche Reichsregierung die Aufgabe, die sie ansetzenden klar erkannt hat, auch lösen und erfüllen wird. Etwas anderes kann ihr vom deutschen Standpunkte aus — dem wir gegenüber einer Welt von Feinden zu unterliegen denn doch auch wohl noch ein Recht haben — ernsthaft nicht zugemutet werden.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion wird sich den Dank nicht nur ihrer Parteifreunde, sondern aller mannhafte Deutschen verdienen, wenn sie mit gleicher Bestimmtheit auch im Parlament und bei persönlichen Besprechungen mit den leitenden Reichsstellen das deutsche Gewissen vertritt.

Eine Erklärung des deutschen Ostmarkenvereins in Posen.

Die Posener Provinzial-Vertreter-Versammlung des deutschen Ostmarkenvereins hat folgende Erklärung beschlossen:

Die Koscziuszkofer in Posen am 15. Oktober, dem Tage, an welchem der Regentkaiser im Königreich Polen eingesetzt wurde, hat die Lage der Deutschen

in den Ostmarken plötzlich grell beleuchtet. Die lärmenden Demonstrationen der polnischen Bevölkerung bei ihren Possenansuchen in unserer Provinzialhauptstadt und Koscziuski Prusischen Kreisstadt waren ein Schlag ins Gesicht für das Deutschthum und werden auch allen jenen die Augen geöffnet haben, welche die Gefahren nicht sehen wollen, die weiteren östlichen Provinzen aus der Gründung des Königreichs Polen erwachsen werden.

Die Gefahren nach außen hin zu beheben, können wir vertrauensvoll unserer obersten Landesleitung überlassen. Sie wird bei der Abgrenzung des Königreichs Polen gegen Deutschland schon diejenige strategische Linie festlegen, welche unseren Ostmarken sicheren Schutz für jeden Kriegsfall und alle Zeiten gewährleistet.

Am aber auch im Innern den polnischen Traum einer Vereinigung preussischer Landteile mit dem Königreich Polen, wie er bei der Koscziuskofer durch zahlreiche Völkern zum Ausdruck kam, endgültig zu zerstören, ist durch Befreiung eines breiten Grenzstreifens von Ostpreußen bis Schlesiern mit deutschen Bauern eine feste lebende Trennungswand anzurichten, die jeden unmittelbaren Verkehr der Polen mit Schlesiern und jenseits der Grenze verhindert. Wenn auch auf solche Weise das durch den Krieg heraufbeschworene polnische Problem in seiner unmittelbaren Einwirkung auf die inneren Verhältnisse unserer Ostmarken bis zu einem gewissen Grade abgemindert werden kann, so erwachsen uns Deutschen im Osten aus der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in Preußen unabweisbare Gefahren.

Durch dieses Wahlrecht werden die Deutschen enteignet, indem ihnen die durch Fleiß und Arbeit in Stadt und Land die ehemals polnischen Landbestände aus dem Zustande der Unkultur zu hoher wirtschaftlicher Blüte gebracht haben, die Mitwirkung an der Befreiung des Landes ganz entzogen und ihr Schicksal in die Hände von Polen und einer Mehrheit im Abgeordnetenhaus gelegt wird, die nach den Erfahrungen im Reichstage jeder Forderung des Deutschthums im Osten abhold sein und auch bald die Wälle abbauen wird, welche durch eine zielbewusste Ostmarkenpolitik unter Bismarck und Bülow zum Schutz gegen das Vordringen der Polen angebracht worden sind.

Hierdurch in größte Bedrängnis gebracht, werden die Deutschen dem Ansturm der während des Krieges wirtschaftlich bedeutend erstarkten Polen in Stadt und Land nicht lange standhalten können und daher zur Abwanderung gezwungen. Die Polonisierung der Ostmarken wäre die Folge!

Dies zu verhüten, muß die Aufgabe der deutschnationalen Parteien bei den Beratungen des neuen Wahlgesetzes sein, welches daher in der von der Regierung eingebrachten Form abzulehnen ist.

Alle deutschnationalen Abgeordneten, namentlich aber die unserer Ostmarken in beiden Häusern des Landtages, richten wir in unserem großen Sorge um das Wohl unseres engeren und weiteren Vaterlandes die dringende Bitte, das Wahlgesetz so anzugehen, daß die Förderung und der Schutz des Deutschthums in den Ostmarken nach wie vor in vollstem Maße gewährleistet ist und damit der deutsche Besitzstand im Osten und die Grenzen Preußens und Deutschlands für alle Zeiten gesichert bleiben.

Achtung!

Alle werthen Bauhallensummen von Oschendorf bitte ich freundlich, von jetzt ab ihr Bistgeld an den betreffenden Bauhallen vorzeitig abzugeben. Bauhallensumme 1000 Mk. Bauhallenbauwerk Oschendorf i. G.

Gute sofort tätige **Gross-Magd** Hausbesitzer O. Martin, Weidensdorf bei Gaudan.

Eine **Halbetage** ist per 1. April zu vermieten Weidensdorfstr. 11.

Stube, Küche und Kammer mit Zubehör bis 1. März zu mieten gesucht. Angebote in die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

7000 Mk. Mündergeld ab 1. März zu verleihen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle des Blattes.

K.L.
Sonnabend u. Sonntag
in den
Sammertagspielen:

Lenny Perlen
Die Ehe der
Emile Rohrbach.

Landwirtschaftl. Verein
— Sichtenstein-G. —
Heute Freitag
Versammlung
im „Weißen Hof“ abends 8 Uhr.
Der wichtigen Tagesordnung halber vollständiges Erscheinen dringend nötig. D. B.

Möbel
Stähler- und Postermöbel
in bekannter Güte billigst
Wiederverkaufsgeschäft
Anton Polorny,
— Sichtenstein-G. —

Bettstätten.
Betreffung sofort. Alter und Größe nicht angegeben. Auskunft unentgeltlich. Sauttas, Sächl. i. B., Althausstraße 23.

Abkehr-Scheine
für aus dem Arbeitsverhältnis tretende Personen hält vorräthig
„Tagblatt“-Druckerei.

Ihre in aller Stille vollzogene
— Kriegstrauung —
zeigen hierdurch an:
Walther Schaufuss
z. Zt. beurlaubt,
Martha Schaufuss
geb. Todt.
Hohndorf. Oelsnitz i. E.
Für die anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten
herzlichsten Dank.
Ottomar Pfüller und Frau Liesel geb. Tautenhann.
Heinrichsort, den 2. Januar 1918.

Redaktion und Verlag von Otto Schick und Wilhelm Beller, für den nächsten Inhalt verantwortlich Wilhelm Beller in Sichtenstein.

Die
Zugeblat
Wantsb
Nr. 4
Auf Grund
sachlich wir hier
Besitz von Gaud
in dieser Stadt
jüngeren Euerer
unterstützen.
Als Kaus
eine Gebühr von
Auf die
wichtigsten B
Sichten
Nr. 1-25
Nr. 26-50
Nr. 51-75
Nr. 76-100
Nr. 401-425
Nr. 426-450
Nr. 286-250
Nr. 251-275
Nr. 701-750
Nr. 751-800
Nr. 801-850
Nr. 851-900
Callenb
Reg.-Nr. 535
Bezugsverbo
Ausdruf
Nach den
und des König
die landwirtsch
Krogen, Belg
15. Januar
händler abguk
zung der Selbst
machen dürfen.
Es dürfen
1.) von
Kopf
laub
auf
Kopf
2.) für
nall
15.
3.) für
allo
7 kg
4.) zur
a) für
15.
b) für
bau
mon
c) für
für
Gew
5.) zur